

Rede von Romani Rose anlässlich der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung mit der Landesregierung Thüringens am 2. Mai 2017 in der Staatskanzlei in Erfurt

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

es ist mir eine Ehre und eine Freude, dass die Landesregierung Thüringen und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma heute eine gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit unterzeichnen. Es ist sicherlich nicht zu hoch gegriffen, dies als ein historisches Ereignis zu bezeichnen. Denn das Land Thüringen schreibt damit offiziell fest: Sinti und Roma sind Teil dieses Landes, sie gehören zu seiner Geschichte und seiner Kultur.

Für diese beispielhafte Initiative möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auch im Namen unseres Vorstands noch einmal von ganzem Herzen danken. Ich sehe in der heutigen Erklärung ein wichtiges Signal auch an andere Bundesländer. Ich freue mich auch sehr, dass der Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, Professor Reinhardt Schramm, heute bei uns ist, dem wir seit vielen Jahren in der politischen Arbeit eng verbunden sind.

Trotz aller positiven Entwicklungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten ist es immer noch keine Selbstverständlichkeit, dass Sinti und Roma als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft angesehen und respektiert werden.

Das gilt in ganz besonderer Weise mit Blick auf die oft schwierige Menschenrechtssituation der Roma-Minderheiten in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union. Gerade weil in der öffentlichen Wahrnehmung antiziganistische Stereotypen bis heute wirkungsmächtig sind, ist es wichtig deutlich zu machen, dass Sinti und Roma in Deutschland und in ihren anderen Heimatstaaten in Europa seit vielen Jahrhunderten verwurzelt sind. In Deutschland ist unserer Minderheit seit über 600 Jahren beheimatet und die heute ca. 70 000 deutschen Sinti und Roma sind in der Bundesrepublik alteingesessene Bürger dieses Staates.

Dem trägt die gesetzliche Anerkennung der deutschen Sinti und Roma als nationale Minderheit Rechnung, wie sie vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma im Mai 1995 nach langen Verhandlungen durchgesetzt werden konnte. Die rechtliche Grundlage bildet das vom Europarat ausgearbeitete Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, das in Deutschland am 10. September 1997 ratifiziert wurde.

Im Rahmen seiner Arbeit für Minderheitenrechte setzt sich der Zentralrat seit der Ratifizierung des Rahmenübereinkommens dafür ein, dass Bund und Länder die sich daraus ergebenden Verpflichtungen im Hinblick auf die deutschen Sinti und Roma vollständig umsetzen.

Vertragliche Vereinbarungen wie die heute mit der thüringischen Landesregierung geschlossene sind dabei wichtige Instrumente zur Umsetzung des Minderheitenschutzes nach dem Rahmenübereinkommen.

Die Einsicht, dass der Schutz von Minderheiten zu den elementaren staatlichen Pflichten gehört, resultiert nicht zuletzt aus den furchtbaren Erfahrungen aus der Geschichte.

Denn die Nationalsozialisten erklärten Sinti und Roma ebenso wie Juden zu sogenannten Fremdassen, die aus der sogenannten deutschblütigen Volksgemeinschaft auszuschließen seien. Am Anfang standen die systematische Entrechtung unserer Menschen und ihr Ausschluss aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Am Ende wurde ihnen das bloße Existenzrecht abgesprochen. Über eine halbe Million Sinti und Roma fielen der staatlichen organisierten Vernichtung europaweit zum Opfer. Es handelt sich um ein bis dahin beispielloses Verbrechen, in das die gesamte staatliche Bürokratie des damaligen „Dritten Reiches“ verstrickt war.

Hier in Thüringen befanden sich mit den Konzentrationslagern Buchenwald und Mittelbau-Dora zwei jener Orte des Grauens und der Menschenverachtung, deren Namen sich unauslöschlich in das kollektive Gedächtnis unserer Minderheit eingebraunt haben.

Am heutigen Tag will ich auch daran erinnern, dass der damalige thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel im April 1995 auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald ein höchst beeindruckendes Denkmal für die dort ermordeten Angehörigen unserer Minderheit gemeinsam mit uns der Öffentlichkeit übergeben hat. Seit vielen Jahren verbindet uns mit der Stiftung Thüringische Gedenkstätten eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den vergangenen Jahrzehnten hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine demokratische Kultur und eine offene Gesellschaft entwickelt, auf die wir wahrlich stolz sein können. Gerade auf dem Feld der historischen Erinnerung wurde Großartiges geleistet.

Zugleich gibt es in Deutschland und in Europa heute einen neuen, zunehmend gewaltbreiten Rassismus, der sich in besonderer Weise gegen Angehörige unserer Minderheit richtet. Rechtsextreme Banden und Parteien wie „Ataka“ in Bulgarien, „Jobbik“ in Ungarn aber auch die NPD in Deutschland und rechte Parteien in anderen westeuropäischen Ländern brauchen Feindbilder, um die Ängste von Menschen für ihre politischen Zwecke auszubeuten

In einer Zeit, in der sich in Europa mehrere Krisen überlagern und die Risse in unserer Gesellschaft immer tiefer werden, bergen solche rassistischen Ideologien eine Dynamik, deren Gefahr kaum zu überschätzen ist. Umso wichtiger ist es, dass sich die demokratischen Gegenkräfte formieren.

Wir, die Nachfahren der Opfer, die im Schatten von Auschwitz aufgewachsen sind, wissen um den Wert der Demokratie und auch um ihre Gefährdung.

Der europäische Integrationsprozess und die Versöhnung mit unseren Nachbarn nach dem Zivilisationsbruch der Nazi-Barbarei haben uns eine beispiellose Periode des Friedens und Wohlstands beschwert. Für die Zukunft unserer eigenen Kinder hängt viel davon ab, ob Europa, die viel beschworene Wertegemeinschaft, in der gegenwärtigen Krise zusammensteht oder an ihr zerbricht.

Als politischer Vertreter der deutschen Sinti und Roma ist mir eine Botschaft besonders wichtig: Rassismus und Populismus bedrohen nicht nur die Rechte von Minderheiten, sondern sie zielen auf das Herz unserer Demokratie. Sie spalten die Gesellschaft und zerstören das Fundament unseres Zusammenlebens.

Wir sind alle aufgerufen, die Errungenschaft der offenen, demokratischen Gesellschaft zu verteidigen: mit Leidenschaft und Vernunft. Hierzu leistet die Vereinbarung, die wir heute unterzeichnen, einen wichtigen Beitrag. Es ist zugleich ein Signal, dass dieser Staat und seine Organe sich jedem rassistischen und gewaltbereiten Extremismus entgegenstellen, und ebenso jeder Tendenz, Minderheiten auszugrenzen und pauschal als Sündenböcke zu stigmatisieren.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, nochmals für Ihre politische Initiative für diese gemeinsame Vereinbarung danken. Künftig wird es darauf ankommen, diese Erklärung mit Leben zu erfüllen, denn die Verteidigung demokratischer Grundwerte ist Aufgabe von uns allen.

Ich danke Ihnen.